

## **DIE LINKE**

### 1. Investitionstau

Die Freiwilligen Feuerwehren verdienen mehr Wertschätzung für ihr ehrenamtliches Engagement. Der teilweise stark veraltete Fuhrpark wird zu einem immer größeren Problem, das mit einem neuen Beschaffungskonzept gelöst werden muss. Auch einige Wachen entsprechen nicht mehr den heutigen Standards und erschweren die Nachwuchsarbeit, weil beispielsweise Toiletten für Frauen fehlen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Fuhrpark und die Wachen auf dem Stand der Technik zu bringen. Entsprechende Investitionen für die Modernisierung wollen wir bereitstellen. In der Bürgerschaft haben wir mehrere entsprechende Anfragen, Anträge und Haushaltsanträge gestellt. Wir fordern darin die im Strukturkonzept vereinbarte Zahl von Neufahrzeugen auch tatsächlich bereitzustellen, damit das Durchschnittsalter des Fuhrparks nicht immer weiter (und über die vereinbarte Nutzungsdauer hinaus) steigt. Die Wachen Blockland, West, Osterholz und Seehausen müssen in der kommenden Legislatur geplant und mit entsprechenden Mitteln abgesichert werden.

### 2. Hinterbliebenenversorgung

Wir haben diesen Hinweis an unsere Bundestagsfraktion weitergegeben, wo diese grobe Ungerechtigkeit im SGB VII thematisiert werden kann. Darüber hinaus gibt es aber auch landesrechtliche Spielräume über die jeweiligen Unfallkassen. In Niedersachsen besteht eine Regelung die zumindest für die „leibliche Mutter oder der leibliche Vater eines waisenrentenberechtigten Kindes des/der Verstorbenen“ landesrechtliche Einmalleistungen vorsieht. In Niedersachsen und anderen Ländern gibt es außerdem Härtefallfonds für Hinterbliebene, die von Leistungen nach dem SGB VII ausgenommen sind. Das ist zwar immer noch keine volle Gleichstellung mit verheirateten Paaren, aber in diesem Sinne muss auch in Bremen eine Lösung erarbeitet werden. Darüber würden wir uns gerne mit dem Feuerwehrverband in der kommenden Legislatur austauschen.

### 3. Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz wird zu einem Großteil von Ehrenamtlichen sichergestellt, deshalb muss eine angemessene Ausrüstung ein Schwerpunkt sein. Hochwasserlagen und extreme Dürre werden durch den Klimawandel häufiger auftreten. Die Großbrände des vergangenen Jahres bei Berlin und auf dem Militärgelände in Meppen zeigen exemplarisch die gestiegenen Bedarfe an entsprechendem (Groß-)Gerät. Auch Bremen muss sich verstärkt auf diese Herausforderungen vorbereiten. Wir erwarten, dass sich der Senat entsprechend auch gegenüber dem Bund für zusätzliche Investitionsmittel einsetzt, die aktuell bereitgestellten 50 Millionen pro Jahr im Bundeshaushalt sind deutlich zu wenig.

### 4. Berufsfeuerwehr

Wir wollen die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse und eine Überarbeitung der Zulagen und einen wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst – auch im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund. Zulagen müssen dynamisiert und ruhegehaltsfähig gemacht werden.

Die Laufbahngruppe muss bei A8 beginnen und bis A11 geöffnet werden. Für NotfallsanitäterInnen wollen wir eine angemessene Stellenzulage in Höhe von 250 Euro schaffen, bis dieses neue Laufbahnrecht eingeführt wurde.

Als LINKE waren wir gegen die Anhebung der Lebensarbeitszeit. Die Forderung nach einer einheitlichen Pensionierung mit 60 ist zwar grundsätzlich berechtigt, allerdings wird bei dem aktuellen Personalmangel eine frühere Pensionierung neue Löcher schaffen, die zu Lasten der Beschäftigten gehen. Hier muss eine faire Abwägung getroffen werden.

Die Wahlmöglichkeit zur GKV ist wichtig. Die Freie Heilfürsorge muss aber erhalten bleiben. Dazu bekennen wir uns in unserem Wahlprogramm.

#### 5. Rettungsdienst

Wir wollen die ambulante Versorgung besser steuern, damit niedergelassene Ärzt\*innen nicht schwerpunktmäßig nur in Schwachhausen und der Innenstadt ansässig sind. Außerdem muss der ärztliche Bereitschaftsdienst als Vorstufe zur Notaufnahme bekannter gemacht werden. Viele, die den Rettungswagen rufen, kennen dieses Angebot offensichtlich nicht. Der Bereitschaftsdienst muss aber auch so ausgestattet sein, dass in Bremen-Nord und Bremerhaven das Angebot nicht nur bis 23 Uhr sichergestellt wird.

#### 6. Brandverhütungsschauen

Wir halten die gesetzliche Verankerung der Brandverhütungsschauen für notwendig und werden uns in der kommenden Legislatur für eine entsprechende Änderung einsetzen. Diese Maßnahmen müssen anschließend in die Personalbemessung aufgenommen werden.

#### 7. Personalstruktur

Wir haben uns stets für bedarfsgerechte Ausbildungsstärken eingesetzt, weil die aktuelle Personalstärke nicht zur Einhaltung der AGBF-Schutzziele ausreicht. Um den Beruf für Fachkräfte attraktiver zu machen, braucht es neben einer verbesserten Laufbahnstruktur auch höhere Zulagen für Dienst in der Nacht und am Wochenende. Die Laufbahngruppe muss bei A8 beginnen und bis A11 geöffnet werden.

#### 8. Investitionen

Der Investitionsstau in Höhe von rund 10 Mio. Euro muss in der nächsten Legislatur abgebaut werden. Der kürzungsbedingte Verschleiß an Gebäudeinfrastruktur und Fuhrpark erschwert die Nachwuchsgewinnung, verschlechtert die Arbeitsbedingungen und ist letztlich in sicherheitsrelevanten Bereichen auch gefährlich für die Allgemeinheit.

#### 9. Jugendarbeit

Die Jugendfeuerwehr ist von sehr großer Bedeutung und sollte politisch mehr Anerkennung erhalten, auch in Form von Geld, beispielsweise für das große Zeltlager am Werdersee. Der gemeinsame Topf für die Jugendverbandsarbeit muss deshalb aufgestockt und jährlich angepasst werden. Für Sonderprojekte wie „Wohlfühlen – Jugendfeuerwehr pro Kindeswohl“ sollen unbürokratisch Projektmittel zur Verfügung gestellt werden.